

Militärische Eskalation

Junge Welt 30.06.2021

Die US-Armee und irakisch-iranische Milizen liefern sich im syrisch-irakischen Grenzgebiet einen Schlagabtausch

Die USA geben weiter die Richtung im Mittleren Osten vor. Zwar wendet das Land seine Militärmacht zunehmend nach Osten, doch vor dem Abzug will Washington sicherstellen, dass die Zukunft der Region der westlich definierten „regelbasierten“ Weltordnung unterworfen wird. Die mag dem Westen nutzen, doch die Völker der Region haben eine andere Vorstellung von ihrer Zukunft.

Zur zentralen US-Linie in der Region gehört es zu verhindern, dass die Staaten der Region sich einander annähern und verbünden. Dazu gehört die Blockade der syrischen Grenzen zu den Nachbarländern. Besonders die irakisch-syrische Grenze, die über etwa 600 km von der Türkei im Norden bis nach Saudi-Arabien im Süden reicht, soll nach US-Vorstellung nicht wieder unter syrische und irakische staatliche Kontrolle kommen.

Von vier offiziellen syrisch-irakischen Grenzübergängen konnte seit der Niederschlagung des Islamischen Staates im Irak und in der Levante (ISIL) 2018 nur der Grenzübergang Al Qaim/Al Bukamal am Euphrat wieder unter syrische Kontrolle gebracht werden. Das geschah wesentlich mit Unterstützung irakischer Milizen und mit Unterstützung des Iran. Iranischen Einfluss aber wollen die USA und ihre westlichen Partner der „Anti-IS-Allianz“, Israel und arabische Golfstaaten zurückdrängen.

Der Grenzübergang Al Bukamal ist eine der wichtigsten Handels- und Reiserouten in der Region. Waren und Personenverkehr aus Aleppo, Homs und Damaskus gelangen über diese Grenze in den Irak und darüber hinaus. Umgekehrt ist Al Bukamal für den Osten das Tor nach Syrien und an das Mittelmeer.

Am frühen Montagmorgen bombardierten nach Angaben des US-Pentagon US-Kampffjets F16s and F-15Es drei angebliche Waffen- und Munitionslager der irakischen Volksmobilisierungseinheiten Hashd al-Sha'abi im syrisch-irakischen Grenzgebiet bei Al Bukamal. Ziel der Angriffe waren demnach die Milizenverbände Kata'ib Hezbollah und Kata'ib Sayyid al-Shuhada. Nach Pentagonangaben wurden sowohl 500 Pfund-Bomben als auch 2000 Pfund Satelliten-gesteuerte Munition abgeworfen. Nicht bestätigten Angaben zufolge wurden mindestens 7 Personen bei den Angriffen getötet.

Pentagonsprecher John Kirby erklärte, US-Präsident Joe Biden habe grünes Licht für den Angriff gegeben. Die USA habe ihr „Recht auf Selbstverteidigung“ in Anspruch genommen. Biden habe Entschlossenheit gezeigt, um US-Kräfte zu schützen.

Mindestens fünf Mal sollen die Milizen seit April 2021 mit Sprengstoff beladene Drohnen in US-Basen im Irak gelenkt haben, die sowohl von CIA- als auch von US-Sondereinsatzkräften genutzt worden seien, berichtete die New York Times.

Am Montagabend kam die Quittung. Zunächst berichteten verschiedene lokale Quellen, Raketen seien – vermutlich von irakischen Milizen mit Unterstützung der Iranischen Revolutionsgarden- auf das syrische Al Omari Ölfeld in der Provinz Deir Ez-Zor abgefeuert worden. Dort befindet sich eine US-Militärbasis, auf der auch Kämpfer der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) untergebracht sind.

Bestätigt wurden die Angriffe offiziell vom Sprecher der Operation Inherent Resolve (OIR). Etwa um 7:44 Uhr am Abend seien die US-Truppen in Syrien mit zahlreichen Raketen angegriffen worden, hieß es in der über Twitter verbreiteten Nachricht. Verletzte habe es nicht gegeben, der Schaden werde untersucht.

Im Iran, Irak und von der libanesischen Hisbollah wurden die US-Angriffe scharf verurteilt. Der Angriff der US-Bomber habe die Souveränität von zwei Staaten in der Region – Irak und Syrien – verletzt, hieß es in einer Erklärung der Organisation in Beirut. Solange die US-Truppen nicht vertrieben seien, werde es in der Region keine Stabilität geben.

Im Rahmen des G 20 von Außen- und Entwicklungsministern in Italien hatte in Italien am Wochenende auch ein Treffen der US-geführten Anti-IS-Allianz stattgefunden, um sich über das weitere Vorgehen zu Syrien abzustimmen. In einer vom Auswärtigen Amt in deutscher Übersetzung verbreiteten gemeinsamen Erklärung bekräftigten die Regierungen Ägyptens, Deutschlands, Frankreichs, Iraks, Irlands, Italiens, Japans, Jordaniens, Griechenlands, Kanadas, Katars, Libanons, der Niederlande, Norwegens, Saudi-Arabiens, der Türkei, der Vereinigten Arabischen Emirate, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie Vertreter der Arabischen Liga und der Europäischen Union, an dem von den USA vorgegebenen Kurs in Syrien festzuhalten.

Flüchtlinge sollten weiter in den Lagern in benachbarten Ländern unterstützt werden, eine Rückkehr für die Menschen sei freiwillig erst möglich, wenn Syrien die UNSR-Resolution 2254 umgesetzt habe. Grenzüberschreitende Humanitäre Hilfe solle – auch gegen COVID-19 - fortgesetzt und ausgeweitet werden. Gemeinsam werde man weiter gegen den Terrorismus kämpfen. Obwohl alles das nicht mit sondern unter Ausschluß der syrischen Regierung umgesetzt werden soll, wurde von den Staaten die Einheit und territoriale Integrität Syriens bekräftigt.

Die von der EU- und den USA einseitig verhängten wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen Syrien, die das Völkerrecht verletzen, wurden nicht erwähnt. Auch die von US-Außenminister Anthony Blinken vorgetragene Forderung an Staaten, die aus ihren Ländern stammenden IS-Kämpfer und deren Angehörige aus dem Al Hol Lager im Nordosten Syriens in ihre Heimatländer zu evakuieren, fand in der Erklärung keine Erwähnung.

(Karin Leukefeld, Aleppo)